

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cötha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinstenberg, Kluga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erkennnt wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. **Bezugspreis:** Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einjähr. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezüge kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, frühere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

General: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Günz & Güte, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 13

Sonntag, den 30. Januar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

In der Woche vom 31. Januar bis 6. Februar 1921 erhalten Ver-
sorgungsberechtigte

40 gr Butter = 1.— Mk.
auf den Abchnitt I der Butterkarte.

Auf die roten Warenbezugskarten werden vorausgibt vom 3.
bis 8. Februar 1921 gegen Abschneiden der Marke R Nr. 10, auf
gelbe und weiße Silberkarte gegen Abschneiden der roten Ecke der
Stammkarte

250 gr Weizengrieß für 95 Pfg.

Auf die Nährmittelskarten
250 gr Weizenmehl für 95 Pfg.
1 Paket Reis oder Zwieback.

Inhaber der roten Karten haben bis 31. Januar bei einem
von der Gemeinde angegebenen Händler oder einer Apotheke einen
Vestellabchnitt abtrennen zu lassen.

Grimma, 27. Januar 1921. 15 d Fe.
Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen 3. diesjährigen Sitzung ist folgen-
des beraten und beschlossen worden.

1. Das Gesuch des Herrn Kaufmanns Alfred Jech
um Bewilligung einer Ausnahme wegen des Grenzab-
standes der in seinem Grundstück Waldstraße 28 er-
richteten Düngergrube wurde befürwortet. Das Gesuch
des Herrn Fleischermeisters Karl Müller in Leipzig-
Volkmarzdorf um Bewilligung einer Ausnahme wegen
des Grenzabstandes des auf seinem Grundstück Göb-
straße 8 errichteten Schuppens wurde befürwortet.

2. Von dem Bericht der Verbandsversammlung des
Landespensionsverbandes sächsischer Gemeinden nahm
man Kenntnis.

3. Das Gesuch des Herrn Ernst Bochmann hier
um Erhöhung der Verpflegung für die Obdachlosen
wurde genehmigt. Im übrigen muß aber auf der Ver-
pflichtung zur Uebernahme der Fremdenherberge für die
Gastwirtschaft bedanden werden.

4. Als Vertrauensmann der sächsischen landwirt-
schaftlichen Berufsgenossenschaft wurde Herr Ortsrichter
Fleck, als sein Stellvertreter Herr Gutsbesitzer Teichert
wiedergewählt.

5. Die Rechnungen über die Stadt-, Gasanstalts-,
Armen- und Feuerlöschkasse auf die Jahre 1915, 1916
und 1917 wurden einstimmig richtig gesprochen.

6. Auch die Rechnung über die Volkshöhe auf
das Jahr 1919 wurde einstimmig richtig gesprochen.

7. Von der Versicherung gegen Aufruhrschäden soll
bis auf weiteres abgesehen werden.

8. Die Einführung der elektrischen Straßenbeleuch-
tung zu 20 Laternen wurde beschlossen. Das Nähere
wegen der Standorte der Laternen wurde dem Bau-
auschuß übertragen.

9. Das Gesuch einer Ausländerin, ihr den Aufent-
halt in Naunhof auf Zeit zu gestatten, wurde genehmigt.
Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Stadteingemeinderat Naunhof
am 28. Januar 1921.

Die Staatsgrundsteuer auf den 2. Termin des
Rechnungsjahres 1920 und die Gemeindegrundsteuer auf
das Rechnungsjahr 1920 sind am 1. Februar d. J. fällig.
Die Staatsgrundsteuer ist bis spätestens

den 17. Februar 1921

und die Gemeindegrundsteuer bis spätestens

den 28. Februar 1921

an die hiesige Stadtsteuerannahme zu bezahlen.

Stadtrat Naunhof, am 28. Januar 1921.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet
Dienstag, den 1. Februar 1921
von nachmittags 2—5 Uhr
in der neuen Schule im Lehrzimmer und Zimmer 4 statt.
Naunhof, am 28. Januar 1921.

Der Bürgermeister.

Montag, den 31. Januar 1921, vormittag 11 Uhr
soll im Gasthof zur „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Ver-
sammlungsort

1 Serviertischen

gegen Vorzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 28. Januar 1921. Q 785/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

200 Milliarden Goldmark!

Frankreichs Antrag.

In Paris ist die Bombe geplatzt. Frankreich hat end-
lich die Karten aufgedeckt — zum maßlosen Erschaun der
ganzen Welt. Und zwar blieb es Herrn Doumer vorbe-
halten, der Welt zu sagen, was Frankreich unter „Wieder-
gutmachung“ versteht.

Doumer erklärte nämlich der Alliiertenkonferenz, daß
die Gesamtschadigungssumme, die Deutschland zu be-
zahlen haben wird, mit 200 Milliarden festgesetzt wurde,
von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen werden.
Zur Bezahlung dieser Summe wird Deutschland dreißig
Jahre Zeit gelassen. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß
diese Frist zu kurz bemessen sei, so würde man den Zeit-
raum verlängern. In Boulogne-sur-Mer sprach man von
42 Jahren. Demnach werden die Jahresraten der Zah-
lungen Deutschlands zwölf Milliarden betragen, d. i. eine
Milliarde monatlich. Um diese zu ermöglichen, hätte
Deutschland nach dem Beispiel eines einfachen Bürgers,
dessen Schulden größer als seine Einnahmen wären, zu
verfahren, und es müßte daher einen Teil seines Bestandes
verpfänden, wie z. B. Eisenbahnen, Bergwerke usw.
Doumer erinnerte an die vielen Toten, die Frankreich zu
bellen habe, und die verwaisenen Provinzen. Es brauche
54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den
Wiederaufbau.

Ohne diese Summe, sagt Doumer, müßte Frankreich den
Bankrott erklären. Man sagt, daß Deutschland dieselbe
Gefahr bedrohe. Wenn aber ein Staat bankrott werden
sollte, so sei es moralischer, wenn das Land bankrott gehe,
das den Krieg begonnen hat.

Maßloses Erschaun.

Das ging allen anderen Konferenzteilnehmern denn
doch über die Furchen, und es sahen sich alle auch sehr
betreten an. Es war wiederum Lloyd George, der dem
Erschaun als Erster und bräut Ausdruck gab. Er sagte
mit einiger Verbitterung:

„Frankreich ist natürlich Hauptinteressent an der Ent-
schädigungszahlung. Aber es genügt doch nicht, zu sagen,
Deutschland kann, soll und muß zahlen. Wir haben noch
niemals ein solches Schuldenprojekt entworfen, ohne die
Mittel zu erörtern und klarzulegen, mit denen es verwirk-
licht werden kann. Haben Sie auch hinsichtlich der Mittel
und Verwirklichung praktische Anregungen zu geben?“
Doumer erklärte darauf, Deutschland ziehe aus seinem Ex-
port bereits 17 Milliarden Mark (?). Von diesen könne
es 10 Milliarden an die Alliierten abgeben, und aus seinen
sonstigen Einnahmen noch 2 Milliarden, so daß für die
Wiedergutmachung jährlich 12 Milliarden Mark zur Ver-
fügung ständen, von denen Frankreich 55 Prozent zu be-
anspruchern habe.

Lloyd George entgegnete: „Wenn man Deutschland
seine Exporteinnahmen wegnimmt, so kann es nicht mehr
importieren, sein Außenhandel hört sogleich auf, und es ist
nicht zahlungsfähig.“ Er fügte nach einer Pause hinzu:
„Man muß etwas anderes suchen, kommen Sie mit einem
noch besser studierten Vorschlag wieder.“ Damit war auch
diese Sitzung ergebnislos zu Ende.

Der „Zirkus“ in Paris.

Die offiziöse Londoner „Westminster Gazette“ warnt
die öffentliche Meinung Frankreichs eindringlich, sich nicht
von dem Teil der englischen Presse irreführen zu lassen,
der ihr vorschwäre, daß keine Differenzen über die Kon-
ferenzfrage zwischen der englischen und französischen Re-
gierung bestehen. Die Zeitung spricht sich mit wenig
Respekt über den „Zirkus“ in Paris aus und erwartet
keine Beruhigung für Europa, ehe nicht ein englischer
Staatsmann aufstehe, der die Macht und den Willen habe,
die Entente aufzuklären, denn Frankreich sei der tolle
Hund und Millerand sei ein Bösewicht. Er habe Europa
zu einem Mißbrauch gemacht, damit der gallische Hahn
darauf krähen könne.

Spiel mit dem Bankrott.

Wenn Finanzminister Doumer sagt, es sei ihm ganz
„schuppe“, wenn Deutschland Bankrott mache, so beweist
er damit allein schon, daß ihm jede Qualität zum Finanz-
minister fehle, denn das ist bombastischer: Macht Deutsch-
land bankrott, dann kaufen Frankreich und das übrige
Europa unmittelbar hinterher. Das sollte selbst ein
vom Haß verblendeter französischer „Finanzminister“
wissen. Doumers Zahlenspiel ist ein Stück aus dem Loh-
haus und gehört schon zum abstrusen, was man je aus
dem Munde eines Mannes, der doch ein „Staatsmann“
sein will, gehört hat. Man überlege einmal: Vor dem
Kriege wurde das gesamte deutsche Vermögen auf über
300 Milliarden Goldmark geschätzt, und Deutschland war,
in Ziffern ausgedrückt, entschieden mehr wert als Frank-
reich. Mit 200 Milliarden Goldmark könnte man also
ganz Frankreich kaufen. Nun haben wir aber doch nicht
etwa ganz Frankreich im Kriege gekriegt — denn hätten wir
das getan oder gekonnt, so wäre Herr Doumer heute über-
haupt nicht in der Lage, den Mund aufzumachen — son-
dern nur einen kleinen Bruchteil Frankreichs.

Im übrigen sind sämtliche Zahlen Doumers glatte
Unwahrheiten. Es ist nicht wahr, daß Frankreichs Ge-
biets- und Gebäudewert in den Nordprovinzen 48 Mil-
liarden Goldmark beträgt. Der bekannte Engländer
Reynolds schätzte ihn auf 10 Milliarden, auf ein Fünftel!

Weil er diesen 400-Prozent-Profit, den die Franzosen an-
strebten, enthielt, deshalb wird Reynes von den Franzosen
mit den erdenklichsten Namen belegt. Und doch ist seine
Ziffer wahrscheinlich noch zu hoch. Für zehn Milliarden
hätte man 1914 ein ganzes Land wie Belgien völlig neu
aufbauen können! Warum nennen die Franzosen für den
Wiederaufbau nicht genauere Details: fundstoviel
Häuser, Schulen, Bauernhäuser, Obstbäume, fundstoviel
Kilometer Straßen, Wege, Eisenbahnen usw.? Weil dann
jedermann die Lächerlichkeit der 48 Milliarden erkennen
müßte. Wenn es aber einen erbosteten 400-Prozent-Profit
nicht erzielen kann, ist es dann schon bankrott?

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Deutsch-polnisches Abkommen.

Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten in Opatow
und dem Vertreter der polnischen Regierung bei der Inter-
alliierten Kommission ist eine Abereinunft getroffen wor-
den dahingehend, daß den im polnischen Staate wohnen-
den deutschstämmigen Oberhäuptern bei der Vorbereitung
für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung
selbst seitens der polnischen Behörden keinerlei Hindernisse
in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist Kurierver-
bindung zwischen dem deutschen Plebiszitkommissariat und
den deutschen Abstimmungsorganisationen in Polen sicher-
gestellt worden. Von deutscher Seite ist zugesichert, daß,
wie schon bisher geschehen, auch die in Deutschland wohn-
enden Stimmberechtigten polnischen Stammes in der
Ausübung ihres Stimmrechts nicht beschränkt werden.
Ebenso ist deren Verkehr mit dem polnischen Plebiszit-
kommissariat unter den gleichen Bedingungen wie in Polen
zugesagt worden.

Entlastung der Gerichte.

Der Entwurf zur Entlastung der Gerichte ist jetzt dem
Reichstage zugegangen. Die Belastung der Gerichte ist
zurzeit so groß, daß die ganze Rechtsprechung ins Stocken
geraten ist, die Einstellung weiterer Beamte verbietet die
Finanzlage. Zur Entlastung der Landgerichte wird die
Vertretung für die Zuständigkeit der Amtsgerichte in
bürgerlichen Rechtskreislagen auf 3000 Mark erhöht.
Die Berufungsgrenze für Urteile der Amtsgerichte wird
von 50 Mark auf 500 Mark hinaufgesetzt. Zur weiteren
Entlastung der Staatsanwaltschaften wird schwerer Dieb-
stahl, Raub, Mord und Raubmord den Schöffengerichten
zugewiesen.

Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

Ein deutsch-nationaler Antrag erfucht dem Reichstag
zu beschließen, die Regierung zu eruchen, alsbald einen
Gesetzentwurf vorzulegen, der die Kapitalbeteiligung der
Angestellten und Arbeiter in den dazu geeigneten Unter-
nehmungen gewährleistet, die Grundlagen für eine weit-
gehende Einführung der Gewinnbeteiligung schafft und
den Angestellten und Arbeitern die Ausübung dieser Rechte
durch Organisationen, die sich diesem Zwecke anpassen, er-
möglichst.

Regierungsfriste in Braunschweig.

Anlässlich der Beratung des Etats für das Staats-
ministerium ist es im braunschweigischen Landtage zu
bestimmten Anlässen gegen die unabhängige-mehrheitssozia-
listische Regierung gekommen. Die Demokraten und der
Landeswahlverband haben bereits Erklärungen gegen die
Bewilligung des ministeriellen Etats abgegeben. Da diese
beiden Gruppen zusammen 28 und die Regierungsparteien
nur 29 Sitze haben, werden die mit 3 Sitzen vertretenen
Kommunisten bei der Endabstimmung über den Etat den
Ausschlag geben. Das Ergebnis dieser Abstimmung ent-
scheidet zugleich über den weiteren Bestand der sozialisti-
schen Staatsregierung.

Provinz Grenzmark.

Ein Gesetzentwurf über Bildung einer Provinz Grenz-
mark wird im preussischen Ministerium des Innern vor-
bereitet. Bekanntlich bildet die Grenzmark zurzeit einen
Regierungsbezirk. Da in der Verfassung die Grenzmark
aber die Rechte einer Provinz erhalten hat, soll jetzt ent-
schieden werden, ob der Regierungsbezirk Grenzmark auch
formell Provinzrechte erhalten soll. Sparmaßregeln
sprechen gegen Einrichtung dieses kleinen Gebildes als
Provinz, andere aber dafür.

Kompromiß über die Betriebsbilanzen.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages setzte
die Beratung über die Schaffung des Gesetzes über die
Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und Verlustrech-
nung fort. Nach einer längeren Aussprache über die Be-
griffe „Betriebsbilanz“ kam der Ausschuß zur Abstimmung
über die zu der Frage gestellten Anträge. Gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten wurde der von allen
übrigen Parteien gestellte Kompromißantrag zu § 1 an-
genommen, der folgenden Wortlaut hat: § 1. Die nach
§ 72 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 vorzu-
legende Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen
geltenden gesetzlichen Bilanzgrundlagen die Bestandteile
des Vermögens und der Schulden des Unternehmens der-
art ersehen lassen, daß sie für sich allein und unabhängig
von andern Urkunden eine Übersicht über den Vermögens-
stand des Unternehmens gewährt. Das dem Unternehmen
nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hier-
bei außer Betracht.

nhof.
nerstag
von
er!!!

ttger.

Köhra
haft von
an. 1921
Naunhof

tung

mm!!

8 Uhr.

stand.

Gute Quelle.

en Herren- und
Jochel-Anzüge,
werk aller Art.
a bar.

m
oumarkt 26

Flügel
Pianos
armontums

challplatten.

2

ik
2.

OR

die Buch-
bänden in
werden Sie
genen Sie
der Inhalt
der Romane
er von be-
unseren
enstr. 1
abzugeben.

chen

it nach Ueber-
371.

HLUNG

eschken

t.

rau

ch er.